

Analyse: Die Wahlen in St. Gallen, Schwyz und Uri bestätigen die Ergebnisse der nationalen Wahlen: Die SVP verliert erneut und droht in eine Negativspirale zu kommen. Sie bezahlt für strategische Fehler und vermessene Verheissungen.

Willkommen in der Normalität

Von Hannes Nussbaumer

Man darf davon ausgehen, dass der gestrige Sonntag in den Agenden der SVP-Führungsequipe dick angestrichen war. Es war der Tag, auf den die Mission Wiedergeburt ausgerichtet war. Der Tag, an dem die siegreiche, trittfest auf dem Erfolgspfad vorwärtsstrebende SVP ihre Renaissance hätte erleben sollen. Der Tag, der den letzten Herbst mit den missglückten National- und Ständeratswahlen zu einer Episode hätte machen sollen, zu einer kurzen Verschnaufpause.

Es kam anders. Zwar errang die SVP in Schwyz einen dritten Sitz in der Regierung. Bei den Parlamentswahlen in den Kantonen St. Gallen, Schwyz und Uri setzte sich dagegen der Trend der nationalen Herbstwahlen fort: In St. Gallen und Schwyz verlor die SVP je sechs Mandate, in Uri vier.

Die kantonalen Wahlen von gestern waren die erste Wahlrunde nach dem eidgenössischen Umgang. Also der Moment, wo klar wurde, ob die nationalen Ergebnisse Strohfeuer oder Ausdruck eines Trends waren. Welche Wirkung dieser Moment entfalten kann, weiss die SP aus leidvoller Erfahrung: 2007 verlor sie bei den Nationalratswahlen landesweit 3,8 Prozent Wähleranteil. In St. Gallen büsste sie bei den anschliessenden Kantonsratswahlen 3,7 Prozent ein, in Schwyz 3,5. In der Folge war die SP gefangen in einer Negativspirale. Nur mit grosser Mühe konnte sie sich aufrappeln.

Ähnliches droht nun der SVP. St. Gallen und Schwyz sind beides Kantone, die in den vergangenen Jahren zu Hochburgen der Partei geworden sind. Hier demonstrierte sie mit spektakulären Triumphen Stärke. Nun verlor sie in beiden Kantonen markant. Landesweit lag der Rückgang des SVP-Wähleranteils im Herbst bei 2,3 Prozent. In St. Gallen sackte die Partei gestern um über fünf Prozent ab.

Dabei war es ja nicht so, dass die SVP in den letzten Monaten keine öffentliche Präsenz gezeigt hätte. Sie trug dazu bei, dass Nationalbankpräsident Philipp Hildebrand abtreten musste. Und sie reichte ihre gegen die Personenfreizügigkeit gerichtete Initiative «gegen Masseneinwanderung» ein.

Problemzone Blocher

Aus heutiger Sicht erscheinen beide Aktionen als Rohrkrepiere. Die Wahlergebnisse legen nahe, dass die Art und Weise und insbesondere die Tonalität der Angriffe gegen Hildebrand selbst bei Wählern, die der SVP nahestehen, nicht gut angekommen sind.

Zudem bestätigt der Wahlausgang all jene, die schon seit längerem den Angriff auf die Personenfreizügigkeit als strategischen Fehler bezeichnen. Erstens, weil die sogenannte Masseneinwanderung vor allem in den Zentren ein Thema ist. In St. Gallen, Schwyz und vielen anderen Kantonen beschäftigen die Wähler dagegen andere Themen. Zweitens, weil die Partei mit diesem Anliegen ihr eigenes Publikum entzweit. Eine Umfrage im (traditionell SVP-nahen) Gewerblermilieu hat ergeben, dass eine grosse Mehrheit die Personenfreizügigkeit unterstützt.

Kommt hinzu, dass es die SVP gleichzeitig versäumt hat, ihr Leibthema - die Asylpolitik - zu bewirtschaften, obschon dieses rechtzeitig vor den nun verpatzten Wahlgängen wieder aufs Tapet gekommen war.

Die strategisch magere Bilanz der letzten Monate ist untypisch für die SVP und lenkt die Aufmerksamkeit auf eine weitere Problemzone der Partei: auf ihren Strategieführer und Vizepräsidenten Christoph Blocher. Schon nach den Herbstwahlen trauten sich einzelne Parteimitglieder, die Frage zu stellen, ob Blochers Zeit nicht abgelaufen sei. Gestern forderte in der Zeitung «Sonntag» sogar Ex-SVP-Bundesrat Adolf Ogi

Blocher zum Rücktritt auf. Diese Stimmen dürften nun noch lauter und noch zahlreicher werden.

Die Wahlergebnisse sind eine weitere SVP-Niederlage. Sie sind aber auch das schlichte Zeichen für die Ankunft in der Normalität. Der Aufstieg der SVP beruhte auf ihrer Verheissung, im Land auszumisten und aufzuräumen. Inzwischen steht die Partei in der Verantwortung, besetzt Regierungsämter, gerade auch in St. Gallen, Schwyz oder Uri. Doch real geändert hat sich nur wenig. Etwas anderes war zwar ernsthaft auch nicht zu erwarten. Aber wer mit vermessenen Ansprüchen antritt, muss sich nicht wundern, wenn er an diesen gemessen wird.